



An die Bundesregierung: Gemeinsamer Appell für eine verantwortungsvolle Fernstraßenpolitik

Berlin, 01.10.2025

Mit den anhaltenden Debatten über die Finanzierung neuer Autobahnen und Bundesstraßen verliert sich die Koalition in Debatten, die dem Thema Mobilität eher schaden als nutzen. Der Koalitionsvertrag setzt einen klaren Schwerpunkt auf die Sanierung der maroden Verkehrsinfrastruktur. Diese ist überfällig, da in den vergangenen Jahrzehnten zu wenig in die Instandhaltung von Brücken, Schienen und Straßen investiert wurde. Die Brückensperrungen bei der Rahmedetalbrücke in Lüdenscheid und der Berliner Ringbahnbrücke sowie der Einsturz der Carolabrücke in Dresden sollten Mahnung genug sein.

Eine funktionierende Mobilität hingegen stärkt den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und fördert das Vertrauen in die Politik. Deshalb müssen die vorhandenen finanziellen Mittel, aber auch Planungs-, Genehmigungs- und Baukapazitäten, in die Sanierung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur und in eine naturverträgliche Erweiterung der Schienenkapazitäten fließen. Den Bürgerinnen und Bürgern wäre es nicht vermittelbar, wenn Gelder aus dem Sondervermögen in den Bau neuer Autobahnen und Bundesstraßen fließen würden – während gleichzeitig die angekündigte Zahl der Brückensanierungen bei den Fernstraßen nicht erreicht wird und auch die dringend notwendige Generalsanierung bei der Schiene weiter aufgeschoben wird.

Der Haushalt lässt keinen Spielraum für politische Versprechen in Milliardenhöhe und mit etwa 10 Mrd. Euro für die Bundesfernstraßen stehen mehr Mittel als in der Vergangenheit zur Verfügung. Es fließt also bereits mehr Steuergeld in die Bundesfernstraßen.

Anstatt eine öffentliche Debatte über zusätzliche Mittel für den Neubau zu führen, muss Verkehrsminister Schnieder den Fokus darauf legen, vorhandene Mittel möglichst effizient einzusetzen. Die im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 aufgeführten Fernstraßenprojekte waren und sind in vielen Fällen überdimensioniert und nicht mehr zeitgemäß.

Verantwortungsvolle Fernstraßenpolitik

Eine verantwortungsvolle Fernstraßen- und Verkehrspolitik setzt klar den Erhalt vor den Neubau. Rund **8.000 Autobahnbrücken** sind in den kommenden Jahren sanierungsbedürftig oder müssen komplett ersetzt werden.

Jeder Euro in den Erhalt spart bis zu **sechsmal höhere Folgekosten**. Neubau von Straßen hingegen verschärft die Klimakrise, zerstört Naturflächen und induziert zusätzlichen Auto- und

Lkw-Verkehr. Die vorhandenen Mittel müssen deshalb zweckgebunden eingesetzt werden: Das **Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“** darf ausschließlich für Sanierung, Schiene und klimafreundliche Mobilität verwendet werden.

Eine zukunftsfeste Politik darf zudem keine verdeckten Schulden machen. Modelle wie Öffentlich-Private Partnerschaften oder eine Kreditaufnahme durch die Autobahn GmbH würden kommende Bundeshaushalte belasten. Stattdessen müssen Bundesmittel endlich auch für den Bau von Radwegen an Bundesstraßen bereitgestellt werden – eine gesicherte Finanzierung gibt es hier bislang nicht.

Darüber hinaus braucht es einen grundlegenden Kurswechsel: Eine Bundesverkehrswegeplanung, die weiterhin den Straßenbau bevorzugt und eine Unmenge an Projekten von Plan zu Plan verschiebt, muss abgelöst werden. Es braucht eine moderne, innovative Strategie, die sich an Klimazielen, Natur- und Umweltschutz sowie an den tatsächlichen Mobilitätsbedürfnissen der Menschen orientiert. Dafür muss noch in dieser Legislaturperiode ein neuer Bundesverkehrswege- und -mobilitätsplan erarbeitet werden, der vom Ziel einer klimaneutralen und naturschonenden Verkehrsinfrastruktur her denkt.

Planungsverfahren können nicht durch den Abbau von Umweltstandards beschleunigt werden, sondern vor allem durch frühzeitige und umfassende Beteiligung aller Betroffenen sowie durch effizientere Abläufe. Verzögerungen entstehen in erste Linie durch falsche Priorisierung, Fehlplanungen und die große Zahl an Projekten.

Unser Appell an die Bundesregierung lautet daher: Übernehmen Sie Verantwortung für eine zukunftsfeste Verkehrsinfrastruktur. Sorgen Sie dafür, dass mit den vorhandenen Mitteln verlässlich gehaushaltet wird, dass der Erhalt Vorrang vor dem Neubau von Fernstraßen erhält und dass Natur- und Klimaschutzbelange konsequent berücksichtigt werden.

Kontakt:

BUND: Jens Hilgenberg, jens.hilgenberg@bund.net, 030-27586-467

ACE: Kerstin Hurek, kerstin.hurek@ace.de, 030-278725-14

Klima-Allianz Deutschland: Jonas Becker, jonas.becker@klima-alianz.de, 030/780 899 527